



AUFBRUCH IM UNTERGRUND

Szenarien erfolgreicher
Zusammenarbeit im Tiefbau

von Mirjam Hauser, Daniela Tenger



Impressum

Aufbruch im Untergrund –
Szenarien für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Tiefbau

Autoren:

Mirjam Hauser und Daniela Tenger

GDI Research Board:

David Bosshart, Karin Frick, Martina Kühne, Frerk Froböse, Alain Egli

Design Kozept und Gestaltung

Joppe Berlin, Illustration: Frances Franzke

© GDI 2013

Herausgeber:

GDI Gottlieb Duttweiler Institute

Langhaldenstrasse 21

CH-8803 Rüschlikon / Zürich

Telefon +41 44 724 61 11

info@gdi.ch

www.gdi.ch

Im Auftrag von:

Hunziker Betatech AG

Pflanzschulstrasse 17

Postfach 83

8411 Winterthur

HUNZIKERBETATECH

Inhalt

4	Résumé	37	Wie die Aufgaben der kommunalen Infrastruktur bewältigen – Implikationen und Handlungsoptionen
7	Vorwort	37	Gemeinden finden zu neuer Stärke und zu neuem Selbstbewusstsein
8	Einleitung	38	Kantone sind Vorbilder und übernehmen die Führungsrolle
8	Fragestellung und Ziele der Studie	38	Der Bund fördert und belohnt integrale und nachhaltige Planungen
9	Die Netzinfrastruktur und ihre Bewirtschaftung in der Schweiz – gestern bis heute	39	Fachverbände vermitteln Wissen und koordinieren Kommunikation
11	Wer sich um die Netzinfrastruktur und die Einhaltung aller Verordnungen kümmert	40	Private werden zu weitsichtigen, flexiblen und partnerschaftlichen Beratungsspezialisten
16	Warum nicht alles so bleibt wie es ist: Treiber der Veränderungen, Probleme und Herausforderungen	41	Fazit
16	Zunehmende Komplexität	42	Anhang
17	Wenig interessierte Bevölkerung und träge Politik	42	Methodisches Vorgehen
17	Das Milizsystem gerät unter Druck	43	Interviewpartner und Workshopteilnehmer
19	Zunehmende Regionalisierung	44	Glossar
24	Imperativ Nachhaltigkeit: Die Einführung der «wahren» Kostenrechnung	46	Resultate der Delphibefragung
25	Liberalisierung der Infrastrukturentwicklung	49	Weiterführende Literatur
26	Software beeinflusst die Hardware und die Organisationsform	50	Mitwirkende
27	Wachsendes Umweltbewusstsein		
29	Vier Szenarien für die künftige Aufgabenteilung		
29	Zentralisierter Staat übernimmt		
30	Vollumfängliche Gemeindeautonomie		
31	Gemeinde in Kooperation mit Privatwirtschaft		
33	Machtvoller Staat lagert aus		

Résumé

In der Schweiz funktioniert das Infrastrukturmanagement so zuverlässig, wie man es erwartet: Praktisch alle haben Zugang zu frischem Trinkwasser und die Qualität der Gewässer ist hoch. Auch die Entwässerung (u.a. die Kanalisationen) funktioniert so diskret und pannenfrei, dass man sich gar nicht erst damit beschäftigen muss. Und in fast allen Winkeln der Schweiz führen sichere und bequem befahrbare Strassen. Dies alles ist für die Bevölkerung das Normalste der Welt.

Dass es weiterhin so bleibt, ist indes nicht selbstverständlich. Denn die technische Infrastruktur ist eine kostspielige Sache. Vielerorts in den siebziger Jahren sehr grosszügig vom Bund mitfinanziert, bleiben Unterhalt und Erneuerung in der föderalistischen Schweiz Sache der Gemeinden. Doch ausgerechnet jetzt, wo die Leitungen und Kanäle in die Jahre kommen und bald einmal erneuert werden müssen, stehen viele dieser Gemeinden, die zur Mehrheit weniger als 1200 Einwohner zählen, vor grundsätzlichen Fragen und Herausforderungen: Die Aufgabenvielfalt nimmt ständig zu, und die Bürger sind anspruchsvoller denn je; weil jedoch der (Arbeits-)Alltag schon streng genug ist, will oder kann man selber keine (politische) Verantwortung übernehmen in der Gemeinde. Das Milizsystem steht unter Zugzwang, und angesichts der personellen Nöte beschäftigen sich Gemeinden landauf, landab mit Fusionen. Der Alleingang ist auch deshalb kaum noch zu rechtfertigen, weil aufgrund der zunehmenden Mobilität immer mehr Verflechtungen über die kommunalen Grenzen hinweg entstehen: Jede Gemeinde ist im Schnitt in über acht Politikbereichen mit ihren Nachbarn verbandelt – Tendenz steigend. Diese Abhängigkeiten beschneiden die Gemeindeautonomie immer stärker. Gleichzeitig steigt die Komplexität in der kommunalen Infrastrukturbewirtschaftung: Mit dem hohen Platzbedarf und anderen Wohlstandsansprüchen

einer gut verdienenden und langsam, aber stetig wachsenden Bevölkerung schreitet die Zersiedelung voran; gleichzeitig gibt es den Gegentrend – und die Erwartung – der vermehrten Verdichtung. In der Zukunft werden auch Klimawandel sowie die sich rasant entwickelnden Techniken die kommunalen Infrastrukturen und deren Organisationsform in heute noch kaum vorstellbarer Masse beeinflussen.

Klar ist: Angesichts dieser komplexen Herausforderungen muss die Aufgabenteilung in der Bewirtschaftung der Netzinfrastrukturen neu organisiert werden. Im aktuellen System mit seiner kleinräumigen Organisationsweise werden die Akteure kurz- oder langfristig mit diesen Problemen überfordert, und die Qualität der Infrastruktur wird in Gefahr geraten.

Wie sollen in Zukunft die Entscheidungskompetenzen und die Aufgabenausführung in der Infrastrukturbewirtschaftung geregelt werden, um diese Probleme anzugehen? Wer soll die Verantwortung übernehmen, wer soll zur Kasse gebeten werden? Welche Rolle spielen die Kantone in Zukunft, und wann und wie kommt der Bund ins Spiel? Worauf sollen sich private Planer und Dienstleister konkret vorbereiten?

Erstmals widmet sich eine Studie diesen grundlegenden Fragen. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Verbänden sind sich einig: Die Lokalpolitiker in den Gemeinden werden auch in Zukunft kaum ein Interesse daran haben, sich mit weit vorausschauendem Management der Netzinfrastrukturen zu profilieren. Denn dann müssten sie Steuergelder für Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten investieren – für etwas, das erst den nächsten Generationen dienen wird. Eine solche Investition ist aber zwingend nötig, um die heutige

Qualität unserer Infrastruktur zu wahren. Die Studienresultate fordern daher eine nachhaltige und integrale Denkweise, bei der in der Planung von heute schon die Schwierigkeiten von morgen grenzübergreifend antizipiert werden. Hierzu gehört, dass die wahre Kostenrechnung eingeführt wird, damit Transparenz herrscht und eine noch stärkere Professionalisierung der Bewirtschaftung möglich wird.

Die Kantone werden nicht darum herumkommen, eine aktive Führungsrolle zu übernehmen. Und dem Bund obliegt es mit seinem Know-how und seinen gesetzgeberischen Möglichkeiten, die Kantone dabei zu begleiten und zu unterstützen, nötigenfalls auch mit Nachdruck. Um die anstehenden Erneuerungen im grossen Stil zu meistern, werden die Behörden stärker als bisher auf eine darauf vorbereitete und ihrerseits langfristig denkende nachhaltig operierende Privatwirtschaft angewiesen sein. Der Erhalt des Untergrunds wird nur miteinander gelingen, darauf vorbereiten müssen sich alle. Die vorliegende Studie ist Anstoss zum Aufbruch.

Mitwirkende

Autorinnen

Dr. Mirjam Hauser, Research, GDI
Daniela Tenger, Research, GDI

Auftraggeber

Hunziker Betatech AG

Research Board

Dr. David Bosshart, CEO, GDI
Karin Frick, Head Think Tank, GDI
Dr. Martina Kühne, Research, GDI
Frerk Froböse, Research, GDI
Alain Egli, Head Communications, GDI

Redaktion

Esther Banz, Journalistin, Zürich

Korrektorat

Agentur Scribe, Biel-Bienne

Design Konzept und Gestaltung

Joppe Berlin, Illustration: Frances Franzke



